

Ressort: Politik

Bürgerrechtlerin: Sicherheitsdebatte geht in falsche Richtung

Berlin, 15.06.2017, 15:49 Uhr

GDN - Für Elke Steven vom Komitee für Grundrechte und Demokratie geht die aktuelle Sicherheitsdebatte in die falsche Richtung: "Angesichts diverser Terroranschläge wird zwar immer wieder betont, dass `wir` uns unsere freiheitliche Ordnung durch solche Gewaltakte nicht nehmen lassen und unsere Ordnung nicht verändern dürfen, weil sonst die Terroristen schon gesiegt hätten. Tatsächlich aber werden ununterbrochen neue Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse geschaffen", schreibt Steven in einem Gastbeitrag für die Tageszeitung "Neues Deutschland" (Freitagsausgabe).

In Deutschland lege Schwarz-Rot gerade einen Gesetzentwurf nach dem anderen mit dem Ziel vor, die Bürgerrechte einzuschränken. Nach Stevens Auffassung ist das der falsche Weg, dem internationalen Terrorismus entgegenzutreten. "Wer trotz Gefährdungen und verstärkten Ängsten die Freiheitsrechte erhalten oder ausbauen will, der muss den Blick auf die Ursachen und Zusammenhänge lenken." Gemeint seien vor allem eine ungerechte Weltordnung und die westlichen Interventionskriege der letzten 20 Jahre. Sie hätten Anschläge wie in Manchester und London begünstigt, so die Aktivistin.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-90752/buergerrechtlerin-sicherheitsdebatte-geht-in-falsche-richtung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619